ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Cassel, Dieter; Cichy, E. Ulrich

Article — Digitized Version

Die Bedeutung der Ausweichökonomie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Cassel, Dieter; Cichy, E. Ulrich (1986) : Die Bedeutung der Ausweichökonomie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 8, pp. 424-428

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136191

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Bedeutung der Ausweichökonomie

Dieter Cassel, E. Ulrich Cichy, Duisburg

Die Ausweichökonomie mit ihren Bereichen Schattenwirtschaft und Alternativwirtschaft gewinnt seit Jahren an Bedeutung. Welches sind die Ursachen für diese Entwicklung? Worin unterscheiden sich die einzelnen Formen der Ausweichwirtschaft? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Wirtschaftspolitik?

Unter *Schattenwirtschaft* sind alle ökonomischen Aktivitäten zu verstehen, die zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung eines Landes beitragen, aber nicht von seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfaßt werden. Entweder verzichtet man den internationalen Gepflogenheiten der VGR entsprechend von vornherein darauf, ihren Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zu ermitteln, oder man kann ihn nicht oder nur teilweise erfassen, weil er dem Staat gegenüber verheimlicht wird. Im ersten Fall handelt es sich um die bedarfsorientierte Selbstversorgungswirtschaft der privaten Haushalte, im zweiten Fall um die Untergrundwirtschaft als verheimlichter Teil der privaten Erwerbswirtschaft[1]. Das Ziel der untergrundwirtschaftlichen Aktivitäten von privaten Haushalten und Unternehmen ist die abgaben- und regulierungsfreie Produktion.

Unter *Alternativökonomie* ist dagegen jener Bereich der offiziellen Wirtschaft zu verstehen, in dem ganz bewußt und weltanschaulich begründet den hergebrachten erwerbswirtschaftlichen Arbeitsweisen in den traditionellen Unternehmen neue arbeitsorientierte, oft antikapitalistische Alternativen gegenübergestellt und praktiziert werden. Ihr Ziel ist eine hierarchiefreie und selbstgenügsame Wirtschaftsweise.

Die verstärkte Suche nach alternativen innerbetrieblichen Entscheidungs-, Motivations- und Kontrollformen ist ebenso wie die Abwanderung in die Untergrundwirtschaft ein Anzeichen dafür, daß immer mehr Wirtschaftssubjekten der offizielle, traditionelle Rahmen der Erwerbswirtschaft als zu eng erscheint. Da in das individuelle Entscheidungskalkül auch die Transaktionskosten und -erträge eingehen, die aus den Beschränkungen der Aktivität resultieren, die in der offiziellen Wirtschaft staatlich und gesellschaftlich gesetzt werden, signalisiert jede Wahlentscheidung zugunsten der Alternativ- oder Untergrundwirtschaft ein privates Ausweichmanöver ökonomisch rational handelnder Wirtschaftssubjekte. Alternativ- und Untergrundwirtschaft sind so gesehen immer und überall auch Ausweichwirtschaft[2]. In ihr dokumentiert sich eine „Abwahl"[3] der sonst in der offiziellen Wirtschaft geltenden Normen – also auch der traditionellen Unternehmensverfassungen.

Prof. Dr. Dieter Cassel, 46, ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Duisburg. E. Ulrich Cichy, 31, Dipl.-Ökonom, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Lehrstuhl.

Ursachen

Die Ursachen für die Abwanderung in die Ausweichwirtschaft sind vielfältig; allen voran dürften jedoch drei Gründe stehen[4]:

☐ Erstens die Entwicklung der westlichen Industrieländer zu ausufernden Wohlfahrtsstaaten, in denen Regu-

[1] Die bedarfsorientierte Selbstversorgungswirtschaft wird in den weiteren Ausführungen vernachlässigt, da die dort stattfindende Produktion nur begrenzt ein Substitut zu den erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten der traditionellen formellen Unternehmen darstellt.

[2] Wolfgang Stützel: Marktpreis und Menschenwürde, Stuttgart 1981; Rolf-Dieter Graß: Ausweichwirtschaft. Abgrenzungen, Ausprägungen, Ausmaße, Bern 1984.

[3] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1980/81, Deutscher Bundestag, Drucksache 9/19, Bonn 1980, Tz. 296.

[4] Dieter Cassel: Schattenwirtschaft – eine Wachstumsbranche?, in: List-Forum, 11. Jg. (1981/82), H. 6, S. 343-363; Dieter Cassel: Stabilitätspolitik und Schattenwirtschaft, in: Wolf Schäfer (Hrsg.): Schattenökonomie. Theoretische Grundlagen und wirtschaftspolitische Konsequenzen, Göttingen 1984, S. 159-183.

lierungen aufgrund wirtschaftspolitischer Interventionen und tarifvertraglicher Verhaltensbeschränkungen die individuellen Entscheidungsspielräume immer mehr einengen.

□ Zweitens der abnehmende Erfolg der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Prozeßpolitik, die immer größere Zielverfehlungen aufwies und damit zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der privaten Unternehmen und Haushalte beitrug. Damit verbunden war ein gleichzeitiges Nachlassen der individuellen Fähigkeit zur „aktiven Krisenanpassung"[5] als Folge zunehmender, wirtschaftspolitisch induzierter Regelungsdichte.

□ Drittens die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die in Verbindung mit dem ökologisch und sozial orientierten Wertewandel gerade die akademisch Gebildeten nach neuen Formen der Erwerbstätigkeit suchen ließ.

Hinter diesen Ursachen steht jedoch eine allgemeine Fehlorientierung der Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahrzehnten die industrielle und kapitalintensive Produktion förderte, damit aber kleinbetriebliche arbeitsintensive Produktionsverfahren ausgrenzte. Diese werden nun in der Ausweichökonomie wiederbelebt.

Unternehmensformen

Die Erwerbstätigkeit außerhalb der traditionellen Normen ist noch nicht Gegenstand des wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinteresses: Sie ist weder genügend begrifflich erfaßt noch einheitlich bezeichnet und läßt sich nach Entstehung und Funktion vorerst nur provisorisch einordnen. Das den offiziellen wirtschaftlichen Sektor bisher prägende traditionelle Unternehmen ist dagegen ein wissenschaftlich weitgehend geklärtes Phänomen. Seine Leitung ist an gesetzlich festgelegte Vermögensrechte gebunden, die entweder auf eine natürliche oder auf eine juristische Person oder Personengruppe bezogen und von diesen unter Umständen auf andere übertragen sind. Aus diesen Vermögensrechten leiten sich die Kompetenzen der Unternehmensleitung und der ihr unterstellten Personen ab. Das traditionelle Unternehmen ist aufgrund der bestehenden Gesetze und Tarifvereinbarungen reguliert, statistisch erfaßt und (im Rahmen der rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten) steuerehrlich.

Die Alternativunternehmen und die Untergrundunternehmen der Ausweichökonomie fallen aus dieser Begriffsnorm heraus: Sie unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von den traditionellen Unternehmen (vgl. Übersicht). Während bei einem traditionellen Unternehmen aufgrund der klassischen Eigentumsordnung die Eigenkapitalrentabilität zentrales Entscheidungskriterium ist,

Formelle und informelle private Unternehmensformen

	Erwerbswirtschaft Privater Unternehmensbereich	
Von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfaßte Wertschöpfung	Traditionelle Unternehmen	Alternative Unternehmen
	„Klassische" kapitalistische Erwerbstätigkeit in der offiziellen Wirtschaft im Rahmen einer *formellen* Unternehmensverfassung	„Neutralisierung des Kapitals" bei Erwerbstätigkeit in der offiziellen Wirtschaft im Rahmen einer *formellen* Unternehmensverfassung
Von der Volkswirtschaftschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) *nicht* erfaßte Wertschöpfung	Untergrundunternehmen	
	„Untergrundwirtschaftliche Erwerbstätigkeit" in Unternehmen der offiziellen Wirtschaft oder von Einzelpersonen im Rahmen einer *informellen* Unternehmensverfassung	

tritt bei den Alternativunternehmen eine „ökonomische Moralität"[6] in den Vordergrund. Diese konkretisiert sich in der Regel neben der Konzentration auf die Produktion umwelt- und sozialverträglicher Güter in der Zielsetzung der „Neutralisierung des Kapitals"[7], d. h. in der Einführung umfassender Mitbestimmungs- und Kündigungsschutzrechte der Mitglieder des Unternehmens.

Ein wesentliches Merkmal der Alternativunternehmen ist, daß das wirtschafts-(ordnungs-)politisch geschützte Institut des Individualeigentums aufgegeben wird, das der Förderung der langfristigen Faktorbindung dient. Die Mitglieder eines Alternativunternehmens verpflichten sich freiwillig zu einer langfristigen Bindung von Produktionsfaktoren an das Unternehmen und bereichern damit die Volkswirtschaft um eine schillernde Palette von Unternehmen.

Formen der Untergrundwirtschaft

Auch die Wertschöpfung der Untergrundwirtschaft müßte nach den Konventionen der VGR erfaßt und versteuert werden. Dies ist jedoch nicht der Fall, weil sie von den Untergrundunternehmen dem Staat gegenüber verheimlicht wird. Dabei lassen sich zwei Formen von Untergrundaktivitäten unterscheiden:

---

[5] E. Ulrich Cichy: Zur Bedeutung der finanzwirtschaftlichen, geld- und fiskalpolitischen Steuerung in marktorientierten Wirtschaftssystemen, in: E. Ulrich Cichy, Günther Neumann (Hrsg.): Probleme monetärer und finanzwirtschaftlicher Steuerung im Systemvergleich, Duisburg 1986, S. 12.

[6] Elisabeth Altekös ter: Chancen und Probleme eines alternativ-ökonomischen Sektors, in: Frank Beckenbach u. a. (Hrsg.): Grüne Wirtschaftspolitik. Machbare Utopien, Köln 1985.

[7] Marlene Kück: Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe, Frankfurt 1985.

□ Erstens gibt es die untergrundwirtschaftliche Aktivität der traditionellen Unternehmen. Diese haben zunächst die Umgehung der staatlichen Abgaben und Regulierungen zum Ziel, wie dies bei nichtdeklarierten Umsätzen von Freiberuflern, Handwerkern und Kleingewerbetreibenden der Fall ist. Bei der illegalen Vermittlung von Leiharbeitern und insbesondere bei der illegalen Beschäftigung von Ausländern kommt noch die Ausbeutung hinzu.

□ Der zweite Bereich ist die Schwarzarbeit der privaten Haushalte, d. h. die verheimlichte Erwerbstätigkeit von regulär Beschäftigten, Arbeitslosen, Krankgeschriebenen und Mitgliedern der Stillen Reserve. Schwarzarbeit im Sinne des § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verstößt nicht nur gegen steuer- und sozialversicherungsrechtliche Normen, sondern wäre nach den geltenden Gesetzen eigentlich im Rahmen eines zu meldenden selbständigen Gewerbebetriebes durchzuführen.

Zwischen den traditionellen, den alternativen und den untergrundwirtschaftlichen Unternehmen bestehen zum Teil enge Substitutionsbeziehungen. Sie alle sind erwerbswirtschaftlich orientiert und versuchen, durch die Wahl einer zweckmäßigen formellen oder informellen Unternehmensverfassung jeweils optimale Transaktionsbedingungen zu verwirklichen.

Alternative Unternehmensformen

Die Vorzüge des kapitalorientierten traditionellen Unternehmens, die sich in einer Senkung der Transaktionskosten zeigen, sind für den Faktor Arbeit mit erheblichen subjektiven Nachteilen verbunden. Deshalb versuchen dafür sensibilisierte Erwerbstätige, diesen Beschränkungen auszuweichen und den kapitalorientierten traditionellen Unternehmen alternative Unternehmensverfassungen entgegenzusetzen. Hinzu kommt die hohe Arbeitslosigkeit und, gerade bei akademisch Ausgebildeten, ein seit den 60er Jahren andauernder umfassender gesellschaftlicher Wertewandel. Als Reaktion darauf kristallisierte sich ein gesellschaftliches Subsystem heraus, das sich insbesondere durch eine veränderte Nachfragestruktur und den Wunsch nach selbstbestimmten Arbeitsbedingungen auszeichnet[8].

Während die Wandlungen in der Nachfragestruktur zum Teil rasch von den traditionellen Unternehmen aufgegriffen wurden – so gibt es „biologische" Nahrungsmittel inzwischen auch im Supermarkt, und Umweltschutzpapier produzieren nun auch traditionelle Unternehmen –, ist der Aufbau der „Firma ohne Chef"[9] weiterhin das zentrale Kennzeichen der Alternativökonomie. Zumeist sind alle Mitarbeiter – gleichgültig, ob sie zu den haftenden Eigentümern oder zu den Angestellten gehören – an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Dies führt zu markanten Besonderheiten der Alternativunternehmen:

□ Die umfassende Partizipation aller Mitarbeiter hat erhebliche unternehmensinterne Transaktionskosten zur Folge, da zu allen bedeutsamen Fragen von allen Beteiligten ein Kompromiß gefunden werden muß, sofern sich nicht – wie dies bei längerfristig bestehenden Alternativunternehmen zu beobachten ist – eine informelle Hierarchie herausbildet. Kompromisse führen jedoch oft zu einer suboptimalen Faktorverwertung.

□ Das Fehlen einer eindeutigen Kompetenzzuordnung bei gleichzeitiger Diskriminierung des Profitzieles führt in der Regel zu einer mangelhaften Kapitalausstattung der Alternativunternehmen: Die Mitglieder verfügen zumeist nur über wenig eigenes Kapital, das aufgrund der fehlenden Sicherheiten von den Geschäftsbanken regelmäßig nicht aufgestockt wird.

[8] Johannes Berger: Alternativen zur Lohnarbeit? Selbstverwaltete Betriebe zwischen Anspruch und Realität, Bielefeld 1985.

[9] Peter Christ u. a. (Hrsg.): Gegenwirtschaft. Die Firma ohne Chef, München 1982.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Armin Gutowski, Manfred Holthus, Dietrich Kebschull (Hrsg.)

INDEBTEDNESS AND GROWTH IN DEVELOPING COUNTRIES

Großoktav, 344 Seiten, 1986, brosch. DM 49,– ISBN 3-87895-300-3

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Aus diesem Grunde haben die Alternativunternehmen in einem durch traditionelle Unternehmen dominierten Umfeld regelmäßig nur begrenzte Expansionsmöglichkeiten: Es handelt sich meist um arbeitsintensive Kleinunternehmen, die typischerweise vor allem in den Branchen Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu finden sind[10]. Die nach wie vor begrenzte Zahl der Alternativunternehmen – eine Schätzung für die Bundesrepublik Deutschland geht von ungefähr 4000 Betrieben mit rund 24 000 Arbeitsplätzen aus, was weniger als einem Promille der Erwerbstätigen entspricht[11] – deutet auf ein Marktnischen-Phänomen hin.

Abgaben und Regulierungen

Das Anwachsen der staatlichen Abgaben und Regulierungen ist die zentrale Ursache für eine untergrundwirtschaftliche Tätigkeit. Wesentlich für die Zunahme der Untergrundunternehmen ist aber auch die Verschlechterung der Wettbewerbsstellung von kleineren und mittleren Unternehmen. Die überragende Bedeutung der Abgaben und Regulierungen[12] verdeutlicht das folgende Zahlenbeispiel: Von einem für eine bestimmte Arbeitsleistung zu zahlenden Bruttolohn von 200,– DM verbleiben dem Arbeitnehmer als Nettolohn 136,– DM, während der Arbeitgeber einschließlich Lohnnebenkosten 410,40 DM aufwenden und dem Kunden in Rechnung stellen muß. Die „Transaktionskosten des legalen Verhaltens"[13] betragen danach 274,40 DM, das sind über 200 % des ausgezahlten Nettolohnes.

Ein Untergrundunternehmen ist die Brutto-für-Netto-Alternative eines traditionellen Unternehmens. Dabei ist es unerheblich, ob ein Arbeitsloser oder abhängig Erwerbstätiger schwarz arbeitet, ein Unternehmer illegal Ausländer verleiht oder ein Handwerker ohne Rechnung arbeitet.

Aus der engen Verbindung zwischen offizieller und inoffizieller Erwerbstätigkeit ergibt sich, daß in der Untergrundwirtschaft der Faktor Arbeit nach den gleichen Kriterien wie bei den traditionellen Unternehmen eingesetzt wird. Der Kapitaleigentümer wird im Rahmen der Untergrundunternehmen wegen der ungleich höheren Kostenentlastung des Faktors Arbeit jedoch geneigt sein, überwiegend arbeitsintensiv hergestellte Güter anzubieten. Zudem wird der bereits in den traditionellen Unternehmen vorhandene Faktor Kapital zumeist ohne Probleme in die Untergrundunternehmen transferiert. Dies führt – über beide Sektoren betrachtet – zu einer insgesamt verbesserten Kapitalverwertung.

Im Vergleich zum Alternativunternehmen unterliegt das Untergrundunternehmen ungleich besseren Entwicklungsbedingungen aufgrund seiner relativ guten Ausstattung mit dem Faktor Kapital, da das Untergrundunternehmen entweder von vornherein die „schwarze Seite" eines traditionellen Unternehmens darstellt oder aber Betriebsangehörige auch schon einmal Hilfsmittel bei ihrem Arbeitgeber „ausleihen". Die Expansion eines Untergrundunternehmens wird also im Gegensatz zum Wachstum von Alternativunternehmen weniger durch die mangelhafte Kapitalausstattung, sondern vor allem durch die Notwendigkeit der Geheimhaltung begrenzt. Schätzungen der Wertschöpfung der Untergrundwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 27 % des BSP dürften allerdings zu hoch sein, 10 bis 15 % scheinen dagegen realistisch zu sein[14].

Einseitige Wirtschaftspolitik

Auch wenn Alternativunternehmen und Untergrundunternehmen noch von beschränkter wirtschaftspolitischer Relevanz zu sein scheinen, so ist ihre Nichtbeachtung doch eine Folge der falschen Einschätzung ihrer ökonomischen Bedeutung im Gesamtsystem. Beide Unternehmensformen haben sich – interessanterweise in West und Ost – als eine Reaktion auf eine Wirtschaftspolitik herausgebildet, deren Perspektive vorwiegend auf die Industrie, d. h. auf großbetriebliche und kapitalintensive Betriebsformen ausgerichtet war und dabei zunehmend Klein- und Mittelbetriebe mit relativ arbeitsintensiven Produktionsverfahren aus den Augen verlor:

☐ Die regionale und sektorale Wirtschaftsförderung orientiert sich seit jeher vorwiegend an großbetrieblichen Unternehmen.

☐ Der in allen Wirtschaftsbereichen anhaltende Prozeß der Konzentration zu kapital- und marktstarken Großbetrieben wurde durch die Wettbewerbspolitik nicht nur nicht ausreichend bekämpft, sondern insbesondere in schrumpfenden Branchen noch strukturpolitisch gefördert.

☐ Die zunehmende Belastung durch Regulierungen ist für kleinere und mittlere Unternehmen mit besonders hohen Kosten verbunden, während mit wachsender Un-

[10] Vgl. Wolfgang Beywl u. a.: Alternative Betriebe in NRW. Bestandsaufnahme und Beschreibung von alternativ-ökonomischen Projekten in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1984, S. 56 ff.; Henrik Kreutz u. a.: Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, Nürnberg 1985, S. 67 ff.

[11] Peter Grottian, Marlene Kück: 100 000 Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativsektor sind nur durch neue Finanzierungskonzeptionen möglich, in: Peter de Gijsel, Hans-Günther Seifert-Vogt (Hrsg.): Schattenwirtschaft und alternative Ökonomie. Eine Herausforderung für die Politische Ökonomie, Regensburg 1984.

[12] Vgl. Hannelore Weck u. a.: Schattenwirtschaft, München 1984, S. 21.

[13] Gerhard Prosi: Schattenwirtschaft und Wirtschaftsordnung, in: Wirtschaft und Wettbewerb, 34. Jg. (1984), H. 12, S. 954.

[14] Vgl. Enno Langfeldt: Die Schattenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1984, S. 46.

ternehmensgröße eine Kostendegression zu beobachten ist[15].

□ Die Kenntnisse und Möglichkeiten der legalen Vermeidung des anwachsenden Steuerdrucks und der Erlangung von Subventionen dürften ebenfalls zugunsten der Großunternehmen verteilt sein.

Alles dies hatte zur Folge, daß ein Großteil der kleinbetrieblichen Betriebsformen – vom Tante-Emma-Laden und dem Handwerker an der Ecke bis hin zum nachbarlichen „Krauter" – verschwand. Die Interessen der Kleinbetriebe fanden weder in der Politik noch bei den Interessenvertretern genügend Gehör. Gerade in den Verbänden sammelten sich die Protagonisten der Großbetriebe: bei den Arbeitgebern aufgrund des Übergewichts der Großunternehmen und bei den Industriegewerkschaften aufgrund der Ziele der Mitgliedermobilisierung und Konfliktbereitschaft, die sich am besten in Großbetrieben verwirklichen lassen. Deshalb sollte man einer interessengebundenen Verurteilung insbesondere der Untergrundwirtschaft durch die Kammern, Unternehmerverbände und Gewerkschaften der betroffenen Branchen oder einer pauschalen Abwertung alternativwirtschaftlicher (Selbst-)Beschäftigungsinitiativen ein differenziertes Bild der Ursachen und Bedeutung der Ausweichökonomie entgegenstellen und zur Grundlage einer vernünftigen wirtschaftspolitischen Strategie erheben:

□ Insbesondere die Zunahme der Untergrundunternehmen ist eine unmittelbare Folge überhöhter Abgaben und Regulierungen; der den Alternativunternehmen zugrunde liegende Wertewandel ist dagegen nur bedingt eine Folge der Wirtschaftspolitik.

□ Beide Formen der Ausweichökonomie stoßen in Lücken des gesamtwirtschaftlichen Angebots. Sie arbeiten in Bereichen, in denen die traditionellen Unternehmen aufgrund eines durch den Staatseinfluß verzerrten Strukturwandels nur noch eine begrenzte Überlebenschance haben.

□ Die Ausweichökonomie stellt unter anderem ein Auffangbecken für marginalisierte Anbieter – kleine Handwerker, Arbeitslose, schwervermittelbare Akademiker etc. – dar, die zu den für die traditionellen Unternehmen geltenden qualifikationsmäßigen Anforderungen, Preisen und Löhnen keine Beschäftigung finden würden.

Folgerungen

Aus den Charakteristika der Ausweichökonomie ergeben sich mehrere Folgerungen für die Wirtschaftspolitik: So sollten jene untergrundwirtschaftlichen Aktivitäten in die offizielle Wirtschaft eingegliedert werden, die z. B. aufgrund standesrechtlicher Schutzbestimmungen in der Illegalität stattfinden. Es sollte wegen standesrechtlicher Vorschriften keinem steuerehrlichen Wirtschaftssubjekt versagt sein, seine Leistung offiziell anzubieten.

Die unabhängig von den Abgaben- und Regulierungslasten entstehenden Unternehmen der Alternativwirtschaft sollte man dagegen als ein kreatives Resultat einer marktwirtschaftlichen Dynamik interpretieren und zumindest in deren Startphase eine Chancengleichheit mit den traditionellen Unternehmen herstellen. Adäquate Maßnahmen könnten der erleichterte Zugang zu den üblichen Mittelstandsförderprogrammen oder eine Kapitalisierung der Arbeitslosenunterstützung sein.

Darüber hinaus sollte jedoch der Wettbewerb durch einen gezielten und wohldosierten Abbau verzerrender Regulierungen, Abgaben, Subventionen und strukturpolitischer Eingriffe gestärkt werden. Hierdurch ließen sich die Unternehmen der offiziellen Wirtschaft – traditionelle Unternehmen und Alternativunternehmen – in einen fairen Leistungswettbewerb einbinden, wodurch insbesondere die Abwanderung in die Untergrundwirtschaft als Überlebensstrategie obsolet würde.

[15] Vgl. Eberhard Hamer: Bürokratieüberwälzung auf die Wirtschaft, Hannover 1979; Ralf Floehr, Klaus Tiepelmann: Die Belastung der Unternehmen durch Nebenpflichten im Rahmen der Steuer- und Sozialabgabenerhebung. Diskussionsbeitrag zur öffentlichen Wirtschaft, Universität Duisburg, Duisburg 1985, S. 13.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:
Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A., Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562306/307

VERTRIEB:
manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 111060, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 3007624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,– (Studenten: DM 48,–)

VERLAG UND HERSTELLUNG:
Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.